



Das Bündnis Sahra Wagenknecht – eine demokratische Alternative?

Bericht: Andreas Rummel

Kamera: Markus Janssen, Fabian Thomm

Schnitt: René Jacob

Der Plenarsaal, in dem sich in der vergangenen Woche bei dem Versuch der Wahl eines Landtagspräsidenten tumultartige Szenen abgespielt hatten. Für Nina Behrendt und Dirk Hoffmeister, beide Abgeordnete des BSW, des Bündnisses Sahra Wagenknecht, war es der erste Tag im Parlament. Was die Konkurrenzpartei AfD an diesem Tag veranstaltete, hatten sie nicht erwartet.

Dirk Hoffmeister, Nina Behrendt

Behrendt: Dass es so wird – damit habe ich überhaupt nicht gerechnet! Sie haben halt wirklich ausgereizt, was auszureizen ging!

Hoffmeister: Und – mein erster Gedanke war: Was mögen die Zuschauer draußen denken, dass die Ehre dieses Hauses verletzt ist, und der gute Ruf. Aber ich denke, der Zuschauer, der das genau verfolgt hat, hat gemerkt, welche Strategie in dieser Strategie die AfD hier führt. Und ehrlich gesagt, haben sie sich mit ihrem Verhalten Bären dienst erwiesen.

Frage: Warum meinen Sie das, einen Bären dienst? Weil ...

Hoffmeister: Weil ganz einfach die Zuschauer verstanden haben, dass es der AfD nicht um ein demokratisches Miteinander geht, sondern sie wollten offen provozieren und wollten eigentlich dieses Haus und die Demokratie ad absurdum führen. Und das ist ihnen, denke ich, nicht gelungen!

Auf die beiden Neu-Parlamentarier haben die Vorgänge bei der konstituierenden Sitzung sehr eindrücklich gewirkt. Vor allem das selbtherrliche Agieren des Alterspräsidenten von der AfD, der eigentlich nur die Wahl eines neuen Landtagspräsidenten formal auf den Weg bringen sollte.

Jürgen Treutler sowie Abgeordnete

Treutler: „Ich habe Ihnen nicht das Wort erteilt! Ich verweise auf Paragraph 31, Absatz 2, wo ich nach freiem Ermessen das Wort erteilen kann.“

Abgeordnete: „Herr Alterspräsident, ich widerspreche Ihrer Aussage! Sie sind kein Präsident, Sie sind Alterspräsident und nicht demokratisch legitimiert! Demzufolge haben Sie nicht die Befugnisse des Landtagspräsidenten!“

Treutler: „Ich bitte darum, dass die Mikros abgestellt werden, damit ich nicht ständig unterbrochen werde. Herr Hopfe!“

Abgeordnete (Katja Wolf): „Es bleibt dabei, Sie haben nicht die Befugnisse ...“



Weitere Abgeordnete: „Entsprechend Paragraph 31 ist den Fraktionsvorsitzenden unverzüglich das Wort zu erteilen. Sie haben nicht darüber zu entscheiden!“

Diese Vorgänge haben bei Nina Behrendt und Dirk Hoffmeister die Meinung verstärkt: Bei der AfD ist Vorsicht geboten.

Dirk Hoffmeister, BSW, Landtagsabgeordneter, Thüringen

„Ich muss eindeutig feststellen: Die AfD ist eine undemokratische Partei! Die AfD hat gezeigt – die Art und Weise auch, wie der Herr Treutler diese Sitzung geführt hat: dass er Fraktionsvorsitzende hat nicht zu Wort kommen lassen, sogar dann angeordnet hat, die Mikrofone abzuschalten – das ist eines demokratischen Handelns unwürdig!“

Die beiden Neupolitiker des BSW hatten wir bereits vor der Landtagswahl getroffen: Dirk Hoffmeister bei seiner Schule, wo er viele Jahre Gymnasiallehrer war, und Nina Behrendt bei einem Wahlkampfauftritt von Sahra Wagenknecht. Die hat Behrendt in die Politik gezogen, wie sie sagt.

Nina Behrendt, BSW, Landtagsabgeordnete, Thüringen

„Man hat einfach das Gefühl selber gehabt, die Politik ist nicht mehr bei mir – sie ist nicht mehr beim Bürger!“

Sagt auch Wagenknecht – häufig unter großer Begeisterung des Publikums.

Menge skandierend

„Sahra, Sahra, Sahra ...“

Wagenknechts Reden sind stets gespickt mit populistischen Zuspitzungen – was dazu beigetragen hat, die Gräben in der Gesellschaft zu vertiefen, wie nicht Wenige meinen.

Sahra Wagenknecht

„Und ich bitte Sie alle: Stoppen Sie solche Politiker, und zwar mit Ihrer Wahlentscheidung!“

Bei den drei jüngsten Landtagswahlen hat es geklappt: In Thüringen, Sachsen und Brandenburg führt bei der Regierungsbildung kaum ein Weg an Wagenknechts Bündnis vorbei. Aber ist das BSW selbst wirklich eine demokratische Partei? Aus der Wissenschaft kommen Zweifel. Der Politikwissenschaftler Uwe Jun von der Universität Trier beschreibt die Rolle Wagenknechts recht drastisch.



Prof. Uwe Jun, Politologe, Universität Trier

„Sahra Wagenknecht ist nicht nur die Parteigründerin, sie kontrolliert auch wesentlich die Geschicke dieser Partei, und sie rekrutiert auch die Mitglieder. Zumindest bestimmt sie mit, wer denn Mitglied dieser Partei werden darf. Und das heißt, wir erleben eine Partei, die sehr stark von oben herausgeführt wird, und in der eben die Parteivorsitzende und Gründerin eine zentrale Position einnimmt. Und man könnte dann zu dem Begriff kommen: Es handelt sich hier um eine bonapartistische Kaderpartei.“

Frage: „Was ist damit gemeint? Kaderpartei einerseits, bonapartistisch andererseits?“

„Kaderpartei bedeutet, dass die Mitglieder handverlesen ausgesucht werden, wie es ja derzeit geschieht beim Bündnis Sahra Wagenknecht. Und bonapartistisch bedeutet eben, dass wir eine Führungsfigur haben, die im Wesentlichen alle Geschicke der Partei bestimmt und die Geschicke der Partei, die Handlungen in der Partei auf sich zentriert.“

Auch von politischen Kontrahenten wurde die Bestimmungsmacht von Sahra Wagenknecht in der neuen Partei geißelt – so auch vom CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Friedrich Merz im Juni, nach der Europawahl.

Friedrich Merz, CDU, 10.06.2024, Parteivorsitzender, Kanzlerkandidat

„Wir arbeiten mit solchen rechtsextremen und linksextremen Parteien nicht zusammen. Für Frau Wagenknecht gilt ja beides: Sie ist in einigen Themen rechtsextrem, in anderen wiederum linksextrem!“

Deutlich wurde auch der neue Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in der CDU, der EU-Abgeordnete Dennis Radtke.

Dennis Radtke, CDU, EU-Abgeordneter, CDA-Bundesvorsitzender

„Unser Anspruch ist, dass Michael Kretschmer und Mario Voigt, und hoffentlich auch Jan Redmann Ministerpräsidenten werden. Da gibt es auch Wege dazu, ohne dass es zu einer formalisierten Zusammenarbeit mit dieser stalinistischen Kaderpartei kommt!“

Das BSW eine Kaderpartei mit einer Befehlskette von oben nach unten?

Dirk Hoffmeister; BSW, Landtagsabgeordneter, Thüringen

„Es ist ja nicht so, dass Sahra Wagenknecht vorgibt, was zu tun, was zu denken, was zu machen ist. Und das wird sich auch in den einzelnen Landesverbänden zeigen: dass doch die eine oder andere Herangehensweise, die logischerweise auch länderspezifisch sein muss, sich auch irgendwo abbilden wird. Aber es ist auf keinen Fall so, dass von oben Befehle gegeben werden, die unten umgesetzt werden!“



Doch auch andere sehen Probleme beim demokratischen Charakter des Bündnisses Wagenknecht. So Professor Dietmar von der Pfordten, der in Göttingen Sozial- und Rechtsphilosophie lehrt. Er hat verfassungsrechtliche Bedenken.

Prof. Dietmar von der Pfordten, Rechts- und Sozialphilosophie, Universität Göttingen

„Diese extreme Personalisierung durch das Bündnis Sahra Wagenknecht entspricht meiner Meinung nach nicht den Erfordernissen der Demokratie. Artikel 21 des Grundgesetzes sagt, dass Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen müssen. Sie müssen also von unten nach oben aufgebaut sein. Das bedeutet, dass es kein von vornherein feststehenden Führer geben darf. Alle Führungspersonen müssen gewählt sein, und sie müssen auch abwählbar sein, sogar ausschließbar sein. Und das ist zwar faktisch natürlich nach wie vor möglich, aber es ist klar, dass die Gründerin und Namensgeberin der Partei nicht ausgeschlossen werden kann. Und das widerspricht zwar nicht den Buchstaben der Demokratie, aber dem Geist sicher!“

Zurück zu den neuen Parlamentariern im Plenarsaal des Thüringer Landtages. Dass das BSW zweifellos sehr stark auf seine Gründerin fixiert ist – darin sehen die beiden kein Problem.

Dirk Hoffmeister, BSW, Landtagsabgeordneter, Thüringen

„Dass wir undemokratisch sind, das stimmt so nicht! Wir haben unsere demokratischen Abstimmungen in den Landesverbänden, hier in der Fraktion. Wir leben Demokratie jeden Tag! Und es stellt sich ganz einfach jetzt nicht die Frage, irgendjemanden abzuwählen. Wir sind ein gutes Team. Wir haben ein gemeinsames Ziel: eine Veränderung in der Politik herbeizuführen, für Vernunft und Gerechtigkeit. Man hat das ja gesehen, wie wir letzte Woche Donnerstag gemeinsam mit den anderen Parteien agiert haben, im Schulterschluss: zum Schutz unserer Demokratie!“

Dennoch wird sich das BSW wohl entscheiden müssen: Polarisierend, populistisch, so wie letztlich die AfD. Oder kompromissbereit, näher an den anderen demokratischen Parteien.